

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3491

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3491



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



**UMWELT
VERANTWORTUNGS
INITIATIVE**

INFORMATIONEN FÜR MEDIENSCHAFFENDE

Initiative für eine verantwortungsvolle
Wirtschaft innerhalb der planetaren
Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)

Pressekonferenz vom Dienstag, 24. August 2021, 10:30 im
Medienzentrum des Bundeshauses



INHALT

| | |
|----------------------------------|-----------|
| Medienmitteilung | 3 |
| Beiträge Pressekonferenz | 5 |
| Initiativtext | 15 |
| Initiativkomitee | 16 |
| Kurzargumentarium | 17 |
| Die wichtigsten Argumente | 21 |
| Die häufigsten Fragen | 22 |



MEDIENMITTEILUNG

Umweltverantwortungsinitiative wird lanciert

Ohne Plan rast die Schweiz aktuell auf die Umweltkrisen wie Klimaerhitzung, Biodiversitätsverlust und Überdüngung zu. Heute, am 24. August startet die Unterschriftensammlung für die Initiative, die das ändern will. Die Umweltverantwortungsinitiative fordert, dass die Umweltbelastung der Schweiz innerhalb von zehn Jahren so reduziert wird, dass wir die planetaren Grenzen einhalten.

Die Allianz für Umweltverantwortung ist bereit: Aktivist*innen läuteten heute morgen auf dem Waisenhausplatz mit Transparenten und Demosprüchen den Start der Unterschriftensammlung ein. (Bilder der Aktion finden Sie hier). In der anschliessenden Pressekonferenz wird ausgeführt, warum es jetzt die Umweltverantwortungsinitiative braucht.

«Eine Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen sichert nicht nur das Überleben der Menschheit, sie ist auch eine riesige Chance: Für die Wirtschaft, die Lebensqualität und für das Image der Schweiz», erklärt **Julia Küng, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz**. Die Umweltverantwortungsinitiative fordert, dass Umweltschutz neu an erster Stelle kommt und die Natur den Rahmen für die Wirtschaft bildet. Dieser Rahmen wird mit Hilfe der planetaren Grenzen definiert.

Julia Steinberger, Professorin für Ecological Economics an der Universität Lausanne erklärt, dass wenn wir die planetaren Grenzen überschreiten, wir die Ökosysteme aus dem Gleichgewicht bringen und den für die Menschen sichern Spielraum zum Überleben verlassen. Heute überschreitet die Schweiz mindestens drei planetare Grenzen - Klima, Biodiversität und Überdüngung. Steinberger sagt: «Die Schweiz gehört zu den Ländern mit der höchsten Umweltbelastung pro Kopf der Welt, verfügt aber auch über die sozialen, bildungspolitischen, demokratischen und wirtschaftlichen Mittel, um den Kurs zu ändern.»

Der **Klimaexperte von Greenpeace, Georg Klingler**, geht auf die ungenügende Gesetzeslage und die falsche Prioritätensetzung ein. Er sagt: «Es kann nicht sein, dass wir uns Ziele setzen und dann aber Jahrzehnte weitermachen, ohne auch nur annähernd das Soll zu erreichen.» Neben den Klimazielen überschreiten wir beispielsweise das vom Bund gesetzte Ziel zu Ammoniak-Emissionen seit 20 Jahren um etwa das Doppelte. Für mehr Verbindlichkeit braucht es die klare Frist von zehn Jahren im Initiativtext.

Dass gerade die Schweiz stark von der Klimakrise betroffen ist und somit stark vom Umweltschutz profitieren würde, betont **Gabriela Suter, Nationalrätin der SP**: «Schaffen wir es nicht die planetaren Grenzen einzuhalten, kommen die Menschen in den Alpenregionen in existenzielle Nöte und wir werden unseren Enkelkindern weder Enzian, noch Murmeli oder Gletscher zeigen können.»

Die Umweltverantwortungsinitiative ist also auch ein Gewinn für die Wirtschaft und die Lebensqualität in der Schweiz.

Die Initiative legt klar fest, dass die Umsetzung der Massnahmen sozialverträglich geschehen muss. **Aline Trede, Nationalrätin und Fraktionspräsidentin der GRÜNEN** macht klar, dass dies kein Widerspruch ist: «Ökologisch ist immer sozial: Die Industrienationen, darunter die Schweiz, sind hauptverantwortlich für die Umweltkrisen, während die Menschen im Globalen Süden am stärksten betroffen sind.» Es ist also nur gerecht, wenn die Schweiz konsequent und schnell ihre Umweltverantwortung nachkommt. Für eine lebenswerte Zukunft gibt es auch keine vertretbaren Alternativen, wie der jüngste IPCC-Bericht zeigt. Oleg Gafner, Co-Präsident der Jungen Grünen Schweiz betont: «Wir haben kein Planet B. Die planetaren Grenzen zu respektieren ist keine Option von vielen, sondern der einzige Weg.»

Kontakte:

- **Julia Küng**, Co-Präsidentin Junge Grüne, 077 475 82 66 (DE)
- **Oleg Gafner**, Co-Präsident Junge Grüne, 079 956 77 35 (FR)
- **Julia Steinberger**, Professor of ecological economics UNIL, 078 717 17 64 (FR)
- **Georg Klingler**, Klimaexperte Greenpeace, 079 785 07 38 (DE)
- **Aline Trede**, Nationalrätin und Fraktionspräsidentin GRÜNE, 078 878 65 05 (DE)
- **Gabriela Suter**, Nationalrätin SP, 076 432 40 27 (DE)



BEITRÄGE PRESSEKONFERENZ

Julia Küng, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz (Teil 1)

Dieser Sommer war ein einziger Warnruf: Heftige Unwetter, verheerende Waldbrände und der Hitzemonat Juli, der Heisseste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Dazu kam der alarmierende IPCC-Bericht, mit der Nachricht, dass wir auf bestem Weg sind, bereits 2030 die 1,5 Grad Grenze zu überschreiten.

Die Forderung nach Umweltverantwortung, nach Taten im Umweltschutz und einem langfristigen Plan ist aktueller denn je. Trotzdem rast die Schweiz ohne Plan auf die totalen Katastrophen als Folge von Klimaveränderung, Biodiversitätsverlust oder der massiven Überdüngung zu. Wenn wir nicht in den nächsten zehn Jahren die Kurve kriegen, wird es definitiv zu spät sein. Es fehlt uns in der Schweiz nicht an guten Absichten. Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Es fehlen die richtigen Prioritäten: Umweltschutz darf nicht länger ein “nice to have” bleiben und muss an erster Stelle kommen. Vor ewigem exponentiellem Wirtschaftswachstum und vor Profitgier.

Der Initiativtext setzt deshalb in der Bundesverfassung bei Artikel 94, den Grundsätzen der Wirtschaftsordnung an. Wir legen fest, dass die Natur und ihre Erneuerungsfähigkeit neu den Rahmen für die Wirtschaft bilden sollen. Die Umsetzung dieser Massnahmen muss sowohl im In- als auch im Ausland sozialverträglich geschehen. In den Übergangsbestimmungen wird es konkret: Hier steht, dass die Schweiz bis zehn Jahre nach der Annahme die planetaren Grenzen nicht mehr überschreiten darf. Namentlich erwähnt haben wir die sechs relevantesten und dringendsten Umweltbereiche für die Schweiz. Ausserdem wird hier festgelegt, dass Importe miteinbezogen sind und es werden namentlich die wichtigsten Umweltbereiche genannt.

Die Initiative ist IPCC-konform, ganzheitlich und liefert uns die nötigen Ziele und Fristen, die wir brauchen, um die Umweltkrisen tatsächlich zu bekämpfen. Deshalb sind wir heute hier und lancieren die Umweltverantwortungsinitiative.

Julia Steinberger, Professor of Ecological Economics UNIL

Bonjour,

Je me présente. Je suis Julia Steinberger, Professeure Ordinaire sur les enjeux sociétaux liés à l'impact des changements climatiques à l'Université de Lausanne. Je suis aussi Auteure Principale du 3e groupe de travail du Groupement Intergouvernemental d'Experts sur le Climat (GIEC). Je vous parle aujourd'hui en qualité d'experte sur les questions environnementales planétaires, et des actions qui peuvent permettre de leur faire face.

Je suis ici aujourd'hui pour apporter mon soutien à ce projet d'initiative exigeant que la Suisse se réinsère à l'intérieur des limites planétaires. Je vais dire quelques mots au sujet du concept général des limites planétaires et de leur base scientifique.



Dans la perception populaire et la communication des médias, les questions environnementales sont trop souvent présentées comme des questions de détail très localisées. Un exemple serait une rivière ou une ville trop polluée, ou une espèce particulière menacée dans une région spécifique. Cette perspective est trompeuse, car elle donne une perspective trop étroite et anecdotique de l'emprise de l'activité humaine sur notre planète, et par conséquent des actions et solutions possibles. La réalité de la disruption humaine sur les caractéristiques environnementales planétaires dont nous dépendons tous est bien plus vaste et plus dangereuse.

Nous dépendons tous, l'espèce humaine comme toutes les autres espèces vivantes, de la stabilité de notre cadre de vie. Cette stabilité, au niveau planétaire, décrit les paramètres à l'intérieur desquels notre espèce, et les écosystèmes dont nous dépendons, doivent rester pour ne pas compromettre notre existence. Une équipe de chercheurs internationaux menés par Professeur Johan Rockstrom, co-directeur de l'Institut de recherche sur les impacts climatiques de Potsdam, a publié la première étude mettant en avant neuf limites planétaires : ce sont neuf domaines dont dépend la stabilité du système terrestre qui soutient notre existence. Leur première étude est publiée en 2009, et elle a été actualisée en 2015.

L'étude publiée en 2015 démontre que quatre limites planétaires sont aujourd'hui dépassées ou sur le point de l'être : le réchauffement climatique, l'érosion de la biodiversité, la perturbation de du cycle de l'azote et du phosphore. Notre situation est donc très dangereuse, et risque l'existence prospère de toute l'humanité. Il faut prendre acte de cette réalité et faire en sorte de ramener nos sociétés et nos économies à l'intérieur des limites planétaires de façon rapide et urgente. C'est le but de cette initiative.

Dans mes travaux, j'ai participé à une étude, publiée en 2018 dans Nature Sustainability, nous avons quantifié certaines limites planétaires et biophysiques à l'échelle nationale, en utilisant une allocation par habitant. Nous avons utilisé des données liées à la consommation internationale de chaque pays. Les données pour la Suisse sont particulièrement alarmantes. La Suisse, déjà en 2011, l'année de nos données, dépassait 7 sur 8 des indicateurs planétaires auxquels nous avons accès, y compris le réchauffement climatique, les cycles de phosphore et d'azote, les l'emprise sur la biodiversité. Depuis, la situation s'est certainement empirée plutôt qu'améliorée. La Suisse est parmi les pays avec le plus d'impacts par habitant au niveau planétaire, mais aussi avec les moyens sociaux, éducatifs, démocratiques et économiques de changer de cap. C'est pour ceci que je soutien pleinement cette initiative.

Il en va de notre responsabilité civique et humaine. Nous devons faire tout notre possible pour permettre une vie saine, stable et prospère à nos enfants et aux générations futures. Je me sent concernée comme chercheuse scientifique, comme citoyenne, comme mère et comme enseignante. Je suis ici pour les jeunes : mon fils, mes étudiants, et toutes les personnes qui ont le droit fondamental à un environnement sain et sauf.

Données du site <https://goodlife.leeds.ac.uk/> basée sur notre étude O'Neill et al 2018.

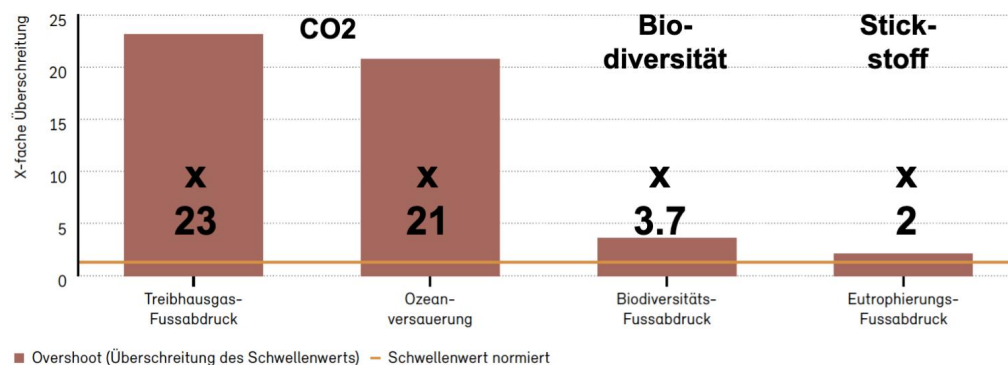
Georg Klingler, Klimaexperte Greenpeace

Seit Jahrzehnten leben wir auf viel zu grossem Fuss. Das ist gut dokumentiert, zum Beispiel im aktuellsten Umweltbericht des Bundesrates. Dort steht auf Seite 17:



“Die planetaren Belastbarkeitsgrenzen für Biodiversitätsverluste, den Klimawandel, die Stickstoff- und Phosphorüberschüsse und die Abholzung von Wäldern werden bereits überschritten. Würden alle Länder so viele Ressourcen verbrauchen wie die Schweiz, läge das Risiko für gravierende Folgen nochmals deutlich höher.”

Das verträgliche Mass wird teilweise gar um mehrere Faktoren überschritten, dies sogar dann, wenn die Einhaltung von Grenzen im Gesetz vorgesehen ist. So zum Beispiel bei der Stabilisierung der Klimaveränderung oder auch der Limitierung der enormen Nährstoffüberschüssen.



Die Abbildung aus dem Umweltbericht des Bundesrates zeigt exemplarisch die enorme Überschreitung des verträglichen Masses bei den Treibhausgasemissionen mit Folgen für die sich zuspitzende Klimakatastrophe und die Ozeanversauerung, bei der Biodiversität und beim Stickstoff.

Zur Lösung der **Klimakrise** müssen wir Wege finden, die Emissionen komplett los zu werden. Die Folgen des zu hohen Ausstosses zeigen sich immer deutlicher: Der Kollaps ganzer Ökosysteme droht, was das Überleben von Milliarden Menschen bedroht. Ursachen und Risiken sind wissenschaftlich so gut untersucht, wie in praktisch keinem anderen Bereich und dennoch kommen wir nicht vom Fleck.

Auch beim **Stickstoff** erreichen wir seit Jahrzehnten die selbst gesetzten Ziele nicht. Der Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft beläuft sich seit über 20 Jahren relativ konstant auf 110'000 Tonnen pro Jahr. Die kritischen Emissionen von Ammoniak-Stickstoff, die gemäss Bund auf 25'000 Tonnen beschränkt werden müssten, liegen seit dem Jahr 2000 auf einem Niveau von über 40'000 Tonnen. Wir überschreiten also das selbst gesetzte Ziel um fast das Doppelte. Auch der Stickstoffeintrag ins Grundwasser in Form von Nitrat liegt gerade in Ackerbaugebieten vielfach zu hoch.

Als Folge des Stickstoffüberschusses schwindet die Artenvielfalt, was beim Rückgang der Insekten oder der Vögel sehr gut dokumentiert ist und was unsere ganze Nahrungsmittelproduktion gefährden kann, wenn es zu wenige Bestäuber gibt. Wie ist es möglich, dass wir uns Ziele setzen, also die Erkenntnisse und Warnungen der Wissenschaft ernst nehmen, dann aber Jahrzehnte weitermachen, ohne auch nur annähernd das Soll zu erreichen?

Wir erleben heute eine kohärenzlose Symptompolitik, die sich Umweltziele setzt, aber die Ursachen nicht anpackt. Während teilweise teure Massnahmen zur verbesserten Handhabung von

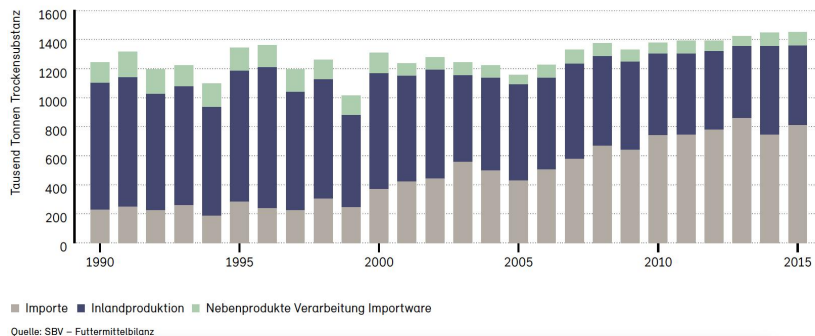


Düngern ergriffen werden, steigen die Kraftfutter-Importe als einer der Haupt-Treiber der Überdüngung auf das Doppelte an. So lässt sich die Stickstoffproblematik nicht lösen. Futtermittelimporte sind ein riesiges ökologisches Problem, nicht nur, weil sie zu einem krassen Nährstoffüberschuss führen, sondern auch, weil die Herstellung der Futtermittel im Ausland oft negative ökologische Folgen hat.

Herkunft des Kraftfutters für die Tierproduktion

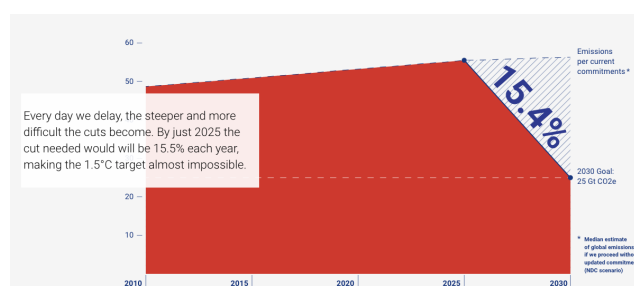
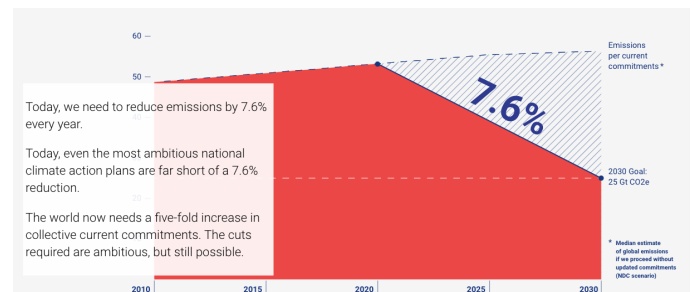
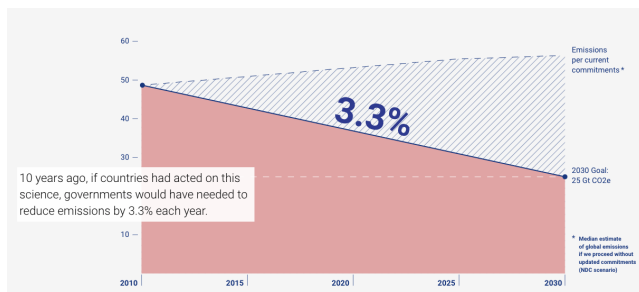
Die eingesetzte Kraftfuttermenge hat zwischen 1990 und 2015 um 17% zugenommen. Der Anteil des importierten Kraftfutters ist im gleichen Zeitraum von rund 20% auf knapp 60% gestiegen. Die

Gesamtmenge der in der Schweiz eingesetzten Futtermittel liegt seit 1990 relativ konstant bei 8 Millionen Tonnen Trockensubstanz.



Es ist nicht nur so, dass wir die Ursachen ausblenden, sondern sogar so, dass wir für die weitere Schädigung Steuergelder aufwenden. Der WSL-Bericht zu den biodiversitätsschädigenden Subventionen zeigt, dass wir uns alleine in der Landwirtschaft 36 potenziell biodiversitätsschädigende Subventionen leisten und zudem externe Kosten in Milliardenhöhe anfallen. Die bestehenden Antworten für die Einhaltung der existenziellen planetaren Grenzen sind klar ungenügend und die Lösung wird immer schwieriger. Gemäss Umweltbericht sind die Zustände von Luft, Wasser, Artenvielfalt, Boden, Klimaveränderung, Abfallmenge im roten oder orangen Bereich.

Mit unserem Zuwarten gefährden wir zunehmend, die Zielerreichung an sich. Die Anforderungen an die Wiederherstellung eines sicheren Handlungsraumes werden dann so extrem, dass nicht sicher ist, wie wir die Grenze noch wahren können. Bei der Klimakrise steigen die Anforderungen an die notwendigen Reduktionen mit jedem Jahr, wie die folgenden Grafiken aus dem UN-Emissions Gap Report 2019 zeigen.





Die andauernde Aufschieberei der Lösung unserer evidenten Umweltprobleme wird immer mehr zum existentiellen Risiko. Symptom-Massnahmen sind teuer, führen zu Lock-in von Infrastrukturen-Investitionen und machen die tatsächliche Lösung des Problems immer schwieriger. Das deutsche Verfassungsgericht hat darum das weitere Aufschieben von wirksamen Klimaschutzmassnahmen für verfassungswidrig erklärt, denn damit werden die Grundrechte der jungen Generationen und der nach uns lebenden in einem unzulässigen Masse eingeschränkt. Zeit, dass wir Umweltverantwortung übernehmen!

Die Planetaren Belastbarkeitsgrenzen sind zwar schon heute Ziel des Regierungshandelns, das Tempo und die fehlende Kohärenz sind aber ein grosses Problem, deshalb braucht es die Umweltverantwortungsinitiative. Wir müssen wegkommen von Absichtserklärungen und isolierten "Ohnehin- sowie Symptom- Massnahmen" hinzu einem wirksamen Umweltschutz für die Respektierung des sicheren Handlungsraums

Das bedingt:

- a) die Anerkennung der planetaren Grenzen
- b) Die Festlegung des sicheren Handlungsraumes als Grundbedingung für Wirtschaft und Gesellschaft
- c) die Herstellung von Kohärenz beim staatlichen Handeln
- d) das Aufgleisen von Sofort-Massnahmen zur Wiederherstellung des sicheren Handlungsraumes innerhalb der planetaren Grenzen

Gabriela Suter, Nationalrätin SP

Spätestens seit dem Hochwasser in diesem Sommer 2021 ist klar: Die Auswirkungen der Umweltkrisen sind keine abstrakte Gefahr der Zukunft, wir spüren sie bereits heute. Die Umweltkrisen sind auch nicht etwas, was nur in weiter Ferne geschieht, wir sind hier in der Schweiz direkt betroffen. Wetterextremereignisse wie Starkniederschläge und Hitzewellen werden durch die Klimaveränderung zunehmen. Vor allem in den Städten und Agglomerationen, in denen immer mehr Menschen leben, führt die Hitze zu gesundheitlichen Schäden bis zu Hitzetoten. Auch Wasserknappheiten werden zunehmen.

Die Schweiz ist vom Klimawandel besonders stark betroffen. Die mittleren Jahrestemperaturen haben in der Schweiz seit Messbeginn 1864 um 2 Grad Celsius zugenommen. Dies ist fast doppelt so hoch wie das globale Mittel.

In der Schweiz trifft es die Bergregionen besonders hart. Der Klimawandel ist in den ökologisch besonders sensiblen Alpen viel stärker zu spüren als im Flachland: Ausbleibende Schneefälle und Trockenheit gefährden die wirtschaftlichen Grundlagen der Bergbewohnerinnen und Bergbewohner. Die Schneefallgrenze steigt und macht dem Wintertourismus zu schaffen. Die Gletscher gehen noch weiter zurück und der Permafrost taut auf und verschärft das Potenzial an Naturgefahren. Es besteht Waldbrandgefahr in ausgetrockneten Schutzwäldern. Instabile Hänge bedrohen zudem Siedlungen und Infrastrukturen. Und häufigerer Starkregen führt zu mehr



Bergstürzen, Lawinen, Murgängen und Überschwemmungen. Nicht zuletzt sind auch die Alpentiere und -pflanzen betroffen. Irgendwann können sie nicht mehr in höhere Lagen in kühlere Gebiete ausweichen und sie haben keine Chance, sich in diesem Tempo an die Klimaveränderung anzupassen. Die Klimakrise bedroht von den Korallenriffen im Meer bis hin zu unseren Murmeltieren die biologische Vielfalt und beschleunigt das Artensterben.

Klimaschutz ist Alpenschutz. Für unsere Bergregionen ist es zentral, dass wir so schnell wie möglich wieder im Einklang mit der Natur wirtschaften. Das schaffen wir mit der Umweltverantwortungsinitiative. Ob wir die planetaren Grenzen einhalten oder nicht, entscheidet darüber ob unsere Kinder und Enkelkinder, die Gletscher und Enzian der Schweizer Berge noch erleben können. Es entscheidet darüber, ob die Menschen in den Bergregionen in existentielle Nöte kommen, wenn sich Winter ohne Schnee mit Sommer voller gefährlicher Unwetter oder zermürbender Trockenheit abwechseln. Es braucht entschiedenes und mutiges Handeln, um das Ökosystem und die Lebensqualität der Menschen in den Alpenregionen zu retten.

Die Umweltverantwortungsinitiative liefert uns aber nicht nur beim Klima, die nötige Lösung sie spricht auch andere Umweltbereiche an, wie den Biodiversitätsverlust. Auch hier ist die Schweiz stark betroffen: Knapp die Hälfte der Lebensraumtypen und die Hälfte aller beurteilten Tier- und Pflanzenarten ist potenziell gefährdet oder bedroht. Insbesondere wertvolle Lebensräume nehmen flächenmässig stetig ab und verlieren an Qualität. So gibt es heute in der Schweiz 95% weniger Trockenwiesen und 82% weniger Moore als im Jahr 1900. Die Gründe dafür sind vor allem die Zersiedelung, die intensive Nutzung von Böden und Gewässern und unerwünschte Stickstoffeinträge aus der Landwirtschaft. Das Aussterben von Tieren und Pflanzen ist nicht einfach nur traurig, es stellt für die Menschen auch ein ein grosses Problem dar. Intakte Ökosysteme schützen vor Hochwasser und ermöglichen sauberes Trinkwasser, genügend Nahrungsmittel und Luftqualität. Mit dem Rückgang der Biodiversität nehmen jedoch diese Ökosystemleistungen ab. Dies hat zur Folge, dass für uns unverzichtbare Leistungen für Ernährung, Gesundheit und Wirtschaft so stark schwinden, dass wir sie künstlich ersetzen müssen. Dies ist aber nur in den wenigsten Fällen möglich und ist mit immensen Kosten verbunden.

Für die Lebensqualität in der Schweiz und für die wirtschaftliche Zukunft von Bergtourismus und Landwirtschaft ist es zentral, dass es eine Initiative wie diese gibt und wir unsere Umweltverantwortung wahrnehmen. Eine Schweiz innerhalb der planetaren Grenzen hilft uns allen: den Tieren, den Alpen und den Menschen, die hier wohnen.

Aline Trede, Nationalrätin und Fraktionspräsidentin GRÜNE

Ökologisch ist immer sozial: Der Erhalt unserer Lebensgrundlage ist untrennbar mit der sozialen Gerechtigkeit verbunden. Umweltbelastungen und Massnahmen zu ihrer Verringerung haben ganz konkrete und oftmals sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen. Je stärker sich Umweltkrisen weltweit zuspitzen, desto dringlicher wird es, sich mit diesen Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Jeder Einsatz für unsere Lebensgrundlage ist ein sozialer Einsatz, da es um unser Leben geht.



Der Begriff der Umweltgerechtigkeit ist in den letzten Jahren vor allem unter dem Aspekt der Klimagerechtigkeit in den öffentlichen Fokus geraten. Einerseits treffen Umweltkrisen wie die Klima- oder Biodiversitätskrise finanziell benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärker als privilegierte Schichten: Die Krisen treffen als erstes und am stärksten die Menschen im Globalen Süden. Bereits heute zeigt sich die Klimakrise in Form von Dürren, die die Lebensgrundlage von Millionen Menschen bedrohen. Ein Artikel im Fachmagazin Science kommt zum Schluss, dass bis 2050 bis zu fünf Milliarden Menschen von Umweltkrisen bedroht sein könnten, ein Grossteil davon im Globalen Süden. Dabei geht es beispielsweise um Wasserverschmutzung, Stürme und fehlende Bestäubung von Pflanzen.

Aber auch hier, vor unserer Haustüre, haben wir die Auswirkungen bereits zu spüren bekommen. Sei es letztes Jahr mit einem Hitzesommer und zuwenig Wasser oder dieses Jahr mit Unwettern und Überschwemmungen. Negieren können wir nicht mehr.

Aber die Verantwortung dafür übernehmen und endlich handeln, das können wir. Denn die Hauptverantwortung für Umweltkrisen tragen die reichen Industrienationen – wir gehören dazu. Gemäss einer Studie von Oxfam (2020) verursachen die reichsten zehn Prozent der Menschheit mehr als die Hälfte der Treibhausgasemissionen, das reichste eine Prozent gar fünfzehn Prozent der Emissionen. Dies ist mehr als doppelt so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit verursacht. Auch innerhalb der reichen Länder ist der Treibhausgasausstoss höchst ungleich verteilt. Ein früherer Bericht von Oxfam (2015) zeigt, dass beispielsweise in Deutschland die reichsten zehn Prozent mehr CO₂ verursachten als die ärmere Hälfte zusammen.

Ein Handlungsfeld ist die heute lancierte Initiative der Jungen Grünen. Sie ist wichtig für unseren Planeten und zwingt die Politik endlich zum Handeln. Denn alle bestätigen, dass etwas gemacht werden muss, konkret will dann aber die bürgerliche Mehrheit keine Verantwortung übernehmen. In folgendem Sinn ist die Umweltverantwortungsinitiative umweltgerecht und sozial:

1. **Zeit:** Die Initiative verlangt, dass die Schweiz die Ziele innerhalb von zehn Jahren einhält. Damit gehen wir voran und geben Ländern des Globalen Südens mehr Zeit für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft und sind gleichzeitig ein Vorbild für andere Industrienationen. Wir unterstützen zudem die Innovationen in der Schweiz
2. **Importe:** Die Initiative fordert, dass die Schweiz nicht nur ihre “territorialen” Umweltauswirkungen berücksichtigt, sondern auch die Auswirkungen unseres Konsums im Ausland mit einbezieht. Dies ist besonders wichtig, da der Hauptteil der von uns verursachten Umweltschäden im Ausland geschieht.
3. **Sozialverträglichkeit:** Die Initiative verlangt im Absatz 2 explizit eine sozialverträgliche Umsetzung im In- und Ausland. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Schweiz Produzent*innen im Ausland bei der Umstellung auf eine planetenverträgliche Wirtschaft unterstützt und dass in der Schweiz ein planetenverträglicher Lebensstil für alle erschwinglich ist.

Wir GRÜNE und Junge Grüne haben schon immer betont, dass eine mehrheitsfähige Umwelt- und Klimapolitik zwingend sozialverträglich sein und alle Menschen mitnehmen muss.¹ Das heisst zum Beispiel, dass die Kosten für energetische Sanierungen nicht auf Mieter*innen abgewälzt werden

¹ https://gruene.ch/wp-content/uploads/2020/01/res_200125_sozialer_klimaschutz_d.pdf



dürfen. Zudem - das haben wir auch im Rahmen der Corona-Hilfspakete immer wieder betont - brauchen wir massive Investitionen in den ökologischen Umbau. Es braucht mehr Geld für den öV, für Solarenergie, für den Heizungersatz oder für die ökologische Landwirtschaft. So schützen wir die Umwelt und ermöglichen allen Menschen in der Schweiz eine grösstmögliche individuelle Freiheit.

Eines möchte ich aber ganz klar betonen: Wer unter dem Deckmantel der "Sozialverträglichkeit" oder dem "Schutz der Landbevölkerung" konsequenten Umweltschutz verhindert und verzögert, schadet genau den Menschen, die er oder sie vorgibt zu schützen, am meisten. Wie wir heute bereits aufgezeigt haben, sind finanziell schwächere Menschen und die Landbevölkerung am stärksten davon betroffen, wenn wir die Umweltkrisen nicht sofort in den Griff bekommen.

Oleg Gafner, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz

Mesdames, Messieurs, les représentantes et représentants des médias, chères collègues,

J'avais prévu de débiter cette intervention par vous dire qu'il était temps de lancer une initiative traitant de responsabilité environnementale dans un contexte de prise de conscience climatique et de connaissance des échéances scientifiques. Mais la réalité est toute autre. Nous avons déjà perdu du temps. Trop de temps.

Nous ne sommes pas là pour anticiper des problématiques nouvelles. Nous ne sommes pas là pour annoncer un horizon lointain qu'il suffirait d'observer sérieusement. Nous ne sommes pas là pour apporter une solution unique et magique. Nous sommes ici parce qu'il y a urgence. Une urgence climatique entre autres, mais aussi une urgence environnementale, une urgence d'agir pour sauvegarder l'avenir du vivant sur la planète Terre.

Augmentation des températures, fonte des glaces, laves torrentielles, glissements de terrain, érosion des sols, extinction des espèces animales et végétales. Face au constat dressé aujourd'hui notamment par la Professeure Steinberger, il est temps d'agir. Le sujet climatique est omniprésent. Les organisations environnementales gagnent du terrain. La prise de conscience a lieu, chaque jour un peu plus. Preuve en est les récentes intempéries de cet été.

Et les moyens d'action sont multiples. La mobilisation dans la rue, la mobilisation sur les lieux de travail, l'activité parlementaire, les blocages ou encore la participation à des élections sont des moyens d'action.

L'initiative pour la responsabilité environnementale est un outil complémentaire. Complémentaire et nécessaire face à une classe politique parlementaire encore trop lente et peu soucieuse de l'importance de la composante sociale. En Suisse, rappelons que certains villages doivent être déplacés, entièrement ou partiellement détruits face aux effets du réchauffement climatique. À l'échelle planétaire, les océans se réchauffent et les forêts primaires sont détruites. Et les surfaces restantes menacent même de ne plus pouvoir stocker le CO₂.

Ces événements-là. Cette dimension planétaire, nous concerne. Parce que notre consommation demande des ressources illimitées. Dont la terre ne dispose pas. Dont la



seule Suisse dispose encore moins. Et pourtant, nos importations participent activement à détruire des biosphères dans les Suds. Notre mode de consommation représente l'équivalent de 3 terres en matière de ressources et 70 % de l'atteinte à l'environnement causé par notre consommation est due aux importations selon l'OFEV. Dans ce contexte-là, nous avons une responsabilité crasse envers le monde et nous avons l'obligation d'agir sur notre impact non seulement en Suisse, mais également à l'étranger. Ne pas tenir compte des importations reviendrait à ne pas comprendre l'ampleur du problème environnemental. En Suisse, notre politique climatique et environnementale reste figée sur nos émissions à l'échelle nationale alors que, prenant en compte la consommation finale, par habitant-e, nous sommes en quatrième position des pays les plus pollueurs au monde (OCDE 2019).

L'initiative comprend donc que la Suisse réduise son impact sur l'environnement en respectant le principe de limite planétaire dans un délai de 10 ans. Ceci est un garde-fou contre la lenteur en politique, contre l'inertie même de l'outil qu'est l'initiative et permet d'assurer une réponse politique efficace à l'urgence climatique. Rappelons d'ailleurs aussi que l'initiative passera en votation dans à peu près 4 ans. La mise en œuvre est donc certes conséquente, mais elle répond précisément aux besoins actuels dans la politique fédérale.

Une réorientation claire des priorités. Pour atteindre cet objectif, la responsabilité environnementale sera le cœur de cible d'une série de lois, et ce sur un panel large de domaines. Il sera impossible de ne pas traiter la biodiversité. La crise de la biodiversité est aussi menaçante pour l'humanité que ne l'est la crise climatique. La communauté scientifique parle de la sixième extinction de masse mondiale. Cependant, contrairement au climat, nous ne disposons pas de prévisions précises, et avons plutôt agi "à l'aveugle" jusqu'à présent. Au lieu d'attendre et d'espérer, il sera possible d'envisager une action politique qui se fait pressante.

En tant que riche pays industriel, la Suisse a une responsabilité additionnelle d'agir rapidement. Cette responsabilité est historique. La prospérité actuelle est basée sur une surexploitation des ressources. Et pourtant, les conséquences de notre industrie sont portées actuellement par les populations des Sud. L'initiative pour la responsabilité est un outil de solidarité environnementale et de justice sociale.

Cet historique a fait notre richesse et c'est bien cette richesse qui doit aujourd'hui nous permettre de ne plus vivre au dépend des ressources de la planète et de ne pas achever de détruire la vie d'habitant-e-s à l'étranger. Pour respecter à minima les engagements de Kyoto et de Paris, la Suisse doit devenir un modèle d'engagement, un centre de référence et faire usage de diplomatie climatique.

La responsabilité environnementale est enfin synonyme de responsabilité générationnelle. Nos actions de cette prochaine décennie sont cruciales pour notre génération déjà, mais aussi pour celles qui suivront. Qu'elles aient la possibilité un jour de tenir des conférences de presse dans cette salle, qui sait.

Cette initiative est concrète et juste. Il n'y a pas de planète B. Respecter les limites de la terre n'est pas une option parmi d'autres. Il s'agit de notre responsabilité envers la sauvegarde du vivant.

Julia Küng, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz (Teil 2)

Wir haben es gehört: Ob wir Umweltverantwortung wahrnehmen oder nicht, ist keine Entscheidung wie jede andere. Wir haben grosse Probleme - die grosse Veränderungen zu ihrer Lösung erfordern. Manche mag der ökologische Wandel verunsichern.

Ein "weiter so" ist aber illusorisch. Die Welt wird sich verändern, durch die Umweltkrisen oder durch die Maßnahmen dagegen. Wir müssen Umweltbelastungen drastisch reduzieren. Und zwar so schnell wie möglich. Es geht schließlich um nichts Geringeres als die Rettung der menschlichen Zivilisation.

Eine Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen rettet aber nicht nur das Überleben der Menschheit, sie ist auch eine riesige Chance. Für die Wirtschaft, für die Lebensqualität und für die Schweiz, die zeigen kann, dass sie ihrer historischen Verantwortung und ihrer internationalen Vorbildrolle gerecht wird.

Statt übermässigem Konsum haben wir in einer ökologischen Wirtschaft intakte Natur, gesunde Lebensmittel, mehr Freizeit, Naherholungsgebiete, autofreie Innenstädte und Millionen zukunftsfähige Jobs. Auch für eine nachhaltige und resiliente Wirtschaft ist das Einhalten der planetaren Grenzen eine Selbstverständlichkeit. Die Wirtschaft wird dann weiter funktionieren, wenn wir langfristig Flächen und Ressourcen haben, die sich bewirtschaften lassen und wir nicht von einer Krise nach der anderen überrollt werden. Ewiges exponentielles Wachstum ist auf einer Erde mit endlichen Ressourcen schlicht nicht möglich. Es ist an der Zeit, dass wir Wachstumsabhängigkeiten überwinden und die Wirtschaft sich nicht länger selber zerstört, sondern das Wohl von Mensch und Natur ins Zentrum stellt. Umweltverantwortung bedeutet Umwelt statt Profi, Solidarität statt Ignoranz und Zukunft statt Krise.



INITIATIVTEXT

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»

Die Bundesverfassung² wird wie folgt geändert:

Art. 94a Rahmen der Wirtschaft

¹ Die Natur und ihre Erneuerungsfähigkeit bilden den Rahmen für die schweizerische Gesamtwirtschaft. Wirtschaftliche Tätigkeiten dürfen nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben.

² Bund und Kantone stellen die Einhaltung dieses Grundsatzes sicher; dabei tragen sie insbesondere der Sozialverträglichkeit im In- und Ausland der von ihnen getroffenen Massnahmen Rechnung.

Art. 197 Ziff. 132³

13. Übergangsbestimmung zu Art. 94a (Rahmen der Wirtschaft)

¹ Bund und Kantone sorgen dafür, dass die durch den Konsum in der Schweiz verursachte Umweltbelastung spätestens zehn Jahre nach Annahme von Artikel 94a durch Volk und Stände die planetaren Grenzen gemessen am Bevölkerungsanteil der Schweiz nicht mehr überschreitet.

² Diese Bestimmung gilt namentlich in den Bereichen Klimaveränderung, Biodiversitätsverlust, Wasserverbrauch, Bodennutzung sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag.

² SR 101

³ Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.



INITIATIVKOMITEE

Das Initiativkomitee der Umweltverantwortungsinitiative besteht aus 27 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

- **Julia Küng**, Co-Präsidentin Junge Grüne
- **Oleg Gafner**, Co-Präsident Junge Grüne
- **Lisa Mazzone**, Ständerätin GRÜNE
- **Anne Mahrer**, Co-Präsidentin Klimaseniorinnen
- **Jon Pult**, Nationalrat und Vizepräsident SP
- **Vera Becker**, Generalsekretärin Junge Grüne
- **Georg Klingler Heiligtag**, Klima-Experte Greenpeace, Umweltnaturwissenschaftler
- **Jasmin Bärtschi**, Geschäftsleitung Junge Grüne
- **Dr. Valérie D'Acremont**, Ärztin und Professorin an der Universität Lausanne
- **Kilian Baumann**, Biobauer, Präsident Kleinbauern-Vereinigung, Nationalrat GRÜNE
- **Noemi Buzzi**, Geschäftsleitung Junge Grüne
- **Dominik Waser**, Aktivist, Mitgründer Landwirtschaft mit Zukunft & Grassrooted GmbH
- **Franziska Ryser**, Nationalrätin und Vizepräsidentin GRÜNE
- **Margot Chauderna**, Vize-Generalsekretärin Junge Grüne
- **Balthasar Glättli**, Nationalrat und Präsident GRÜNE
- **Cynthia Illi**, Co-Präsidentin Junge Grüne Waadt
- **Andreas Frei**, Pfarrer und kirchlicher Umweltberater
- **Marina Carobbio**, Ständerätin SP
- **Samuel Zbinden**, Kantonsrat Junge Grüne
- **Aline Trede**, Nationalrätin und Fraktionspräsidentin GRÜNE
- **Ronja Jansen**, Präsidentin JUSO
- **Florent Morisod**, Vorstand Junge Grüne
- **Veronica Bozzini**, Umweltingenieurin
- **Michelle Huber**, Vorstand Junge Grüne
- **Silvano Lieger**, Geschäftsleiter Sentience Politics
- **Marionna Schlatter**, Nationalrätin GRÜNE
- **Ottilie Jacobi**, Vorstand Junge Grüne



KURZARGUMENTARIUM

Worum geht's?

Klimakrise, Artensterben, Abholzung, Verschmutzung von Wasser und Böden - die Art, wie die Schweiz wirtschaftet, hat zu einer ganzen Reihe von Umweltkrisen geführt. Die Umweltverantwortungsinitiative will das ändern: Der Schutz der Umwelt soll zur Priorität werden und den Rahmen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft bilden. Die Schweiz soll so produzieren und konsumieren, dass wir unsere Lebensgrundlagen nicht zerstören.

→ **Konkret heisst das: Die Umweltbelastung der Schweiz soll innerhalb von zehn Jahren so reduziert werden, dass wir die planetaren Grenzen einhalten. Die Umsetzung dieser Ziele muss sozialverträglich geschehen.**

Warum es die Initiative braucht

Unser Handeln und Wirtschaften in der Schweiz und global zerstört die Umwelt in einem Ausmass, das zu unumkehrbaren Schäden an den Ökosystemen der Erde führt.⁴ Diese Schäden greifen tief in die Struktur und Identität unserer Gesellschaften ein und beschädigen die Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen. Die Welt wird sich grundlegend verändern, entweder in Folge der Umweltkrisen oder durch deren Bewältigung. Hier setzt die Umweltverantwortungsinitiative an: Die Initiative will, dass der Erhalt unserer Lebensgrundlagen zur Priorität wird und den Rahmen für die Wirtschaft bildet. Somit wird Umweltschutz vor ewiges Wirtschaftswachstum und rücksichtsloses Profitstreben gestellt.

Die planetaren Grenzen

Die planetaren Grenzen bestimmen die Belastbarkeit unserer Erde. Sie geben den für das Überleben der Menschheit *sicheren Spielraum* vor.⁵ Werden diese Schwellenwerte eingehalten, ist das Risiko einer Destabilisierung der Erdsysteme gering. Ein Überschreiten der Grenzwerte hingegen verursacht Veränderungen der ökologischen Rahmenbedingungen und erhöht das Risiko für eine Destabilisierung des Erdsystems, welches die menschliche Zivilisation ermöglicht. Die Treiber der Überschreitung der planetaren Grenzen sind zahlreich. Zentral sind auf globaler Ebene die Landwirtschaft und der Verkehr, sowie die daran gekoppelten Industrien zu nennen.⁶

Wird unser Erdsystem beeinträchtigt, gefährdet das direkt die Lebensgrundlagen der Menschheit. Bei Grenzen wie dem Klima oder der Biodiversität drohen wir ausserdem Kippunkte zu überschreiten, an welchen Veränderungen in den Ökosystemen unumkehrbar werden. Diese Veränderungen drohen dann Änderungen in anderen Systemen auszulösen, welche sich gegenseitig verstärken und so zu einer Negativspirale führen.⁷ Die Auswirkungen bei einem

⁴ Naturverträgliches Mass und Schweizer Fussabdrücke gestützt auf planetare Belastbarkeitsgrenzen, Dao H. et al., 2015

⁵ Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet, Steffen W. et al., 2015

⁶ Planetare Grenzen, Deutscher Naturschutzring, abgerufen am 19.08.2021

⁷ Die Biosphären Bombe: schon 2060 kapituliert die Erde vor den CO₂-Massen, Odenwald M., 2019



Überschreiten der planetaren Grenzen sind dramatisch - und wir kriegen sie schon heute zu spüren: Hitzewellen, Unwetter, Waldbrände, verschmutzte Gewässer, überdüngte Böden und Insektensterben sind alles Folgen der Übernutzung unserer natürlichen Ressourcen.

Weltweit sind bisher neun planetare Grenzen bekannt, acht davon wurden bereits quantifiziert. Der Initiativtext der Umweltverantwortungsinitiative fokussiert sich auf diejenigen Grenzen, bei denen der Handlungsbedarf am grössten ist und deren Quantifizierung und Messung global und in der Schweiz bereits möglich ist. Dies sind die Klimaveränderung, der Biodiversitätsverlust, der Stickstoff- und Phosphorkreislauf, der Wasserverbrauch und die Landnutzungsänderung.

So sieht es aktuell aus

Die Schweiz überschreitet die planetaren Grenzen massiv. Unser Konsum und unsere Produktion verursachen weit mehr Umweltschäden als für die Natur verträglich sind. Wir überschreiten die Schwellenwerte, welche von den planetaren Grenzen heruntergerechnet werden, in den Bereichen Klima, Biodiversität sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag um das bis zu 23-fache. Der Schwellenwert der Landnutzung war 2015 knapp noch nicht überschritten, doch die Umweltbelastung ist stark zunehmend.⁸ Trotz steigendem Bewusstsein hat dabei die Umweltbelastung in den letzten 20 Jahren nicht abgenommen - in einigen Bereichen ist sogar ein Trend in Richtung noch mehr Zerstörung zu beobachten. Unser aktueller Lebens- und Wirtschaftsstil ist längerfristig nicht mit der Erhaltung unserer Lebensgrundlagen vereinbar.⁹

Die Ursachen für die Umweltbelastung in der Schweiz sind sehr vielfältig. Hauptverantwortlich für die Belastung und Überschreitung der verschiedenen planetaren Grenzen in der Schweiz sind der Autoverkehr, der Konsum von tierischen Produkten, Konsumgüter, Wärmeerzeugung sowie Gebäudeinfrastruktur.¹⁰

Was uns die Initiative bringt

Die Einhaltung der planetaren Grenzen ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine grosse Chance für uns alle. Durch ein Leben im Einklang mit der Umwelt erhalten wir eine intakte Natur, mehr Zeit, gesunde Lebensmittel und zukunftsfähige Jobs. Mit der Umweltverantwortungsinitiative kann die Schweiz ihren Beitrag dazu leisten, allen Menschen, auch zukünftigen Generationen, ein würdiges Leben auf diesem Planeten zu ermöglichen.

Eine Gesellschaft, die sozialverträglich innerhalb der planetaren Grenzen funktioniert, ist die Grundlage für eine bessere Zukunft: Ein Leben in einer gerechten und nachhaltigen Welt ohne Armut und Hunger. In einer Welt, in der alle Kinder lernen können und in der alle Menschen gleichberechtigt leben können, egal welches Geschlecht, welche sexuelle Orientierung oder

⁸ Umwelt Fussabdrücke der Schweiz, Frischknecht R. et al., 2018

⁹ Naturverträgliches Mass und Schweizer Fussabdrücke gestützt auf planetare Belastbarkeitsgrenzen, Dao H. et al., 2015

¹⁰ Ökobilanzresultate für das Buchprojekt "Die andere Stadt", Doka G., 2017



Religion sie haben und von welchem Teil der Erde sie stammen. Eine Welt, in der globale Themen global angegangen werden und das Wohl des Planeten mit allen Pflanzen, Tieren und uns Menschen im Mittelpunkt steht. Kurz: Ein Zusammenleben in Umweltverantwortung.

Umwelt- und soziale Gerechtigkeit

Der Begriff der Umweltgerechtigkeit ist in den letzten Jahren vor allem unter dem Aspekt der Klimagerechtigkeit in den öffentlichen Fokus geraten. Einerseits treffen Umweltkrisen wie die Klima- oder Biodiversitätskrise ärmere Bevölkerungsgruppen stärker als privilegierte Schichten: Die Krisen treffen als erstes und am stärksten die Menschen im Globalen Süden.¹¹ Andererseits tragen reiche Industrienationen wie die Schweiz die Hauptverantwortung für die Umweltkrisen - und auch innerhalb der Schweizer Gesellschaft haben reiche Bevölkerungsgruppen einen umweltschädlicheren Lebensstil als ärmere.¹²

Umweltgerechtigkeit anzustreben bedeutet, diese Ungleichheiten zu bekämpfen: Die Schweiz muss sich als reiches Land bei der Bekämpfung der Umweltkrisen global solidarisch zeigen. Das heisst, dass wir beim Kampf gegen die Umweltkrisen vorangehen und Umweltziele schneller erreichen als ärmere Länder. Insbesondere die wohlhabenden Teile der Bevölkerung müssen dazu ihren Beitrag leisten. Zudem muss die Schweiz die ärmeren Länder bei der Bekämpfung der Umweltkrisen unterstützen.

Umsetzung der Initiative

Der Initiativtext der Umweltverantwortungsinitiative gibt deren genaue Umsetzung nicht explizit vor. Damit die Schweiz innerhalb von zehn Jahren die planetaren Grenzen einhält, braucht es einen grundsätzlichen Wandel unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Wir brauchen ein milliardenschweres öffentliches Investitionsprogramm in den ökologischen Umbau aller Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche, um die Abhängigkeit von Umweltzerstörungen zu beenden. Damit das funktioniert, muss im gleichen Atemzug die Zerstörung und Ausbeutung der Umwelt konsequent eingeschränkt werden. Es müssen klare Regeln für die alten, planetenschädlichen Praktiken gelten. Ohne klare Vorschriften - zum Beispiel ein Ende für Verbrennungsmotoren oder Ölheizungen - führen Investitionen nur zu mehr Mobilität, Energieverbrauch und Konsum, statt zur gewünschten Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Um die planetaren Grenzen einzuhalten, dürfen wir uns zudem nicht mehr an materiellem Wachstum als oberstes Ziel orientieren. Allerdings hängen heute viele Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche von einem wachsenden BIP ab. Sinkt das BIP, führt das beispielsweise zu Arbeitsplatzverlusten. Darum müssen wir diese Wachstumsabhängigkeiten verringern. Wirtschaftswachstum soll nicht mehr die Voraussetzung für Wohlstand und menschlichen Fortschritt sein.

¹¹ Klimaschäden - Die Welt geht unter und niemand will bezahlen, Schumacher J., 2018

¹² Confronting Carbon Inequality, Gore T. et al., 2020



Unsere Wirtschaft und unser Konsum verursachen nicht nur Umweltschäden innerhalb der Schweizer Landesgrenzen, sondern zu einem grossen Teil im Ausland. Etwa 2/3 der Schweizer Umweltbelastung ist auf Importe zurückzuführen. Zählt man die Importe mit, hat die Schweiz einen der höchsten Pro-Kopf-Umweltbelastungen der Welt. Für die Einhaltung der planetaren Grenzen ist es darum wichtig, dass die Importe deutlich ökologischer werden.

Wir können es uns leisten

In kaum einem Land sind die Voraussetzungen, um durch entschlossenes Handeln Umweltkrisen zu bekämpfen so günstig wie in der Schweiz. Wir haben das Geld, wir haben die Technologien und wir haben die starken demokratischen Institutionen und Mitbestimmungsmöglichkeiten, um unsere Umweltauswirkungen so schnell wie möglich wieder in den "sicheren Handlungsrahmen" der planetaren Grenzen zu bringen.

Der Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft für eine planetenverträgliche Zukunft kostet Geld, das ist klar. Doch dafür haben wir als eines der reichsten Länder der Welt mit einem grossen Finanzplatz bestmögliche Voraussetzung. Eine planetenschädliche Wirtschaft kostet uns zudem viel mehr. Wenn wir nicht jetzt handeln, werden Katastrophen wie Stürme, Dürren und Pandemien in Zukunft ungesehene wirtschaftliche und soziale Schäden verursachen.

Was die Schweiz gewinnen kann

Mit der Umweltverantwortungsinitiative kann die Schweiz nur gewinnen, denn sie...

- schützt das Überleben von Mensch und Natur.
- bringt mehr Lebensqualität für alle.
- macht die Wirtschaft nachhaltig und resilient.
- bedeutet Solidarität und Verantwortung wahrzunehmen.
- macht die Schweiz zum Vorbild.



DIE WICHTIGSTEN ARGUMENTE

→ Wir haben nur eine Erde

So wie wir heute wirtschaften und leben, überlasten wir unsere Erde. Unsere Produktion und unser Konsum belasten die Umwelt so stark, dass die Schweiz mehrere planetare Grenzen - teilweise massiv - überschreitet. Das müssen wir so rasch wie möglich ändern, wenn wir auch in Zukunft hier leben wollen.

→ Die Initiative ist gerecht und sozial

Reiche Länder wie die Schweiz sind hauptverantwortlich für die Zerstörung der Umwelt. Trotzdem trifft es Länder im Globalen Süden zuerst, wenn der Meeresspiegel ansteigt oder die Ernte ausbleibt. Es ist darum nur gerecht, wenn die Schweiz endlich Verantwortung übernimmt.

→ Eine Chance für uns alle

Eine Schweiz im Einklang mit den planetaren Grenzen ist eine riesige Chance für Mensch und Wirtschaft. Wenn wir unsere Umweltbelastung reduzieren, bedeutet das mehr Lebensqualität, gesundes Essen und eine intakte Natur für uns Menschen. Und wir schaffen die richtigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaft.

→ Das Problem bei den Wurzeln packen

Die Klimakrise, das Artensterben und die Verschmutzung der Umwelt haben eine gemeinsame Ursache: Die Art, wie wir heute wirtschaften und leben. Deswegen müssen wir die verschiedenen Umweltkrisen gemeinsam bekämpfen und das Problem bei den Wurzeln packen. Wir brauchen einen grundsätzlichen Wandel unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

→ Die Zeit drängt: Wir müssen jetzt handeln

Der wichtigste Faktor, um die Klimakrise und das Artensterben aufzuhalten, ist die Zeit. Wir müssen schnell und entschieden handeln, um den Kollaps unserer Ökosysteme noch aufzuhalten. Deshalb wollen wir, dass die Schweiz die planetaren Grenzen in zehn Jahren nicht mehr überschreitet.



DIE HÄUFIGSTEN FRAGEN

Wie lässt sich die Frist von zehn Jahren umsetzen?

Wir hätten die planetaren Grenzen nie überschreiten dürfen. Um unsere eigenen Lebensgrundlagen zu erhalten, sind die nächsten zehn Jahre entscheidend. Das Geld und die Technologien für einen ökologischen Wandel sind längst da, wir brauchen nur noch klare Ziele und eine Frist um zur Tat zu schreiten - das liefert die Umweltverantwortungsinitiative.

Was bedeutet die Initiative für die Wirtschaft?

Die Umweltverantwortungsinitiative macht die Wirtschaft nachhaltig und resilient, indem sie ihr einen selbstverständlichen Rahmen gibt: Die Lebensgrundlage von Mensch und Umwelt darf nicht zerstört werden. Die Wirtschaft wird sich grundlegend ändern müssen, das ist aber für uns alle eine riesige Chance: Zukunftsfähige Jobs, weniger Kriegsgefahr und nachhaltige vorhandene Ressourcen.

Wie soll die Initiative umgesetzt werden?

Der Initiativtext lässt die genaue Umsetzung bewusst offen. Klar ist jedoch, dass ein "weiter so" keine Option ist. Die Art, wie wir wirtschaften und zusammenleben, muss sich ganz grundsätzlich verändern: Wir brauchen grosse Investitionen in den ökologischen Wandel, einen fairen Handel, klare Regeln für Umweltschutz und eine Wirtschaft, die das Wohl der Menschen und der Umwelt zum Ziel hat, anstelle von ewigem Wachstum.

Warum diese Initiative nach dem CO₂-Gesetz?

Zahlreiche Umfragen und Abstimmungen zeigen: Die Mehrheit der Bevölkerung will einen engagierten Klima- und Umweltschutz. Das Nein zum CO₂-Gesetz ist ein Rückschlag, doch es darf nicht die Kapitulation sein. Klimakrise und Artensterben sind dringlicher denn je, und die Schweiz steht aktuell ohne Plan da. Mit der Umweltverantwortungsinitiative gelangen wir wieder auf Kurs, um die internationale Verantwortung wahrzunehmen und unsere Lebensgrundlagen zu schützen.

Kann die Schweiz diese Ziele im Alleingang umsetzen?

Die Initiative steht im Einklang mit internationalen Umweltabkommen, die die Schweiz unterzeichnet hat: Das Klimaabkommen von Paris, die "Agenda 21" zur nachhaltigen Entwicklung und das Übereinkommen für biologische Vielfalt. Die Schweiz hat zudem die besten Voraussetzungen, eine Vorbildrolle einzunehmen: Wir haben Geld, Technologien und eine starke Demokratie. Ausserdem verantworten wir in der Schweiz im weltweiten Vergleich übermässig viele Umweltschäden. Die Schweizer Bevölkerung verbraucht pro Kopf dreimal so viele Umweltressourcen wie global eigentlich verfügbar wären. Damit liegen wir auf Platz 3 in Europa.